



BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN August 2007

+++ Inhalt: Kommt der Nationalpark Siebengebirge?, S. 1 +++ Geleitwort des Landesvorsitzenden, BUNDgewinner gesucht, S. 2 +++ Lauf der Kontraste, S. 3 +++ „Garzweiler Flächenbrand“, Braunkohle und Babynahrung, S. 4 +++ Australischer Giftmüll-Deal geplatzt, Rheinlandtaler für Holger Sticht, S. 5 +++ Terrorabwehr contra Bürgerrechte, S. 6 +++ Bayer-Giftgas-Pipeline, S. 7 +++ Proteste gegen Flächenfraß, Impressum, S. 8 +++

Chance für den Naturschutz oder Etikettenschwindel:

Kommt der Nationalpark Siebengebirge?

Das Siebengebirge ist das älteste Naturschutzgebiet Nordrhein-Westfalens. Bereits 1923 wurde das durch seine geologische Vielfalt, naturnahe Waldlebensräume und viele hier an ihrer nördlichen Verbreitungsgrenze lebende Pflanzen- und Tierarten charakterisierte Gebiet unter Schutz gestellt. Auf Initiative der Region soll hier mit einer Flächengröße von 4.500 Hektar bis 2010 der zweite NRW-Nationalpark entstehen. Die einen sehen darin eine große Chance für den Naturschutz, andere befürchten hingegen einen Etikettenschwindel.

Als Landrat und Bürgermeister Mitte Mai ihren Vorschlag zur Einrichtung eines Nationalparks Siebengebirge vorstellten, war die Reaktion der Naturschützer eher verhalten. „Grundsätzlich begrüßen wir einen Nationalpark sehr, jedoch darf sich ein solches Schutzgebiet später nicht als Mogelpackung erweisen“, sagte Paul Kröfges, Landesvorsitzender des BUND.

Aufgrund der geringen Größe von 4.500 Hektar und der bisher intensiven Nutzung, so die Befürchtung, sind die für eine Anerkennung als Nationalpark notwendigen Schutzmaßnahmen im Siebengebirge nur schwer umsetzbar. Das Siebengebirge liegt direkt am Rand der Stadt Bonn, wird von weiteren Siedlungsschwerpunkten bedrängt und gehört zu dem am dichtesten mit Wegen durchzogenen Gebieten der Region. Um die geforderten 75% ungestörter Entwicklungsflächen im Nationalpark zu erreichen, ist zudem eine deutliche Ausdehnung der Gebietsgrenzen erforderlich. Nicht nachvollziehen kann der BUND zudem, warum das Land NRW Gebiete mit noch besserer Eignung wie die Senne/Egge nicht vorrangig als Nationalpark sichert.

Das Siebengebirge ist zweifelsfrei von hoher naturschutzfachlicher Bedeutung. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz hat ihm in einer Studie bereits die Nationalparkeignung attestiert. Dieses größte Eichen-Buchen-Waldgebiet des Rheinlandes mit seinen wertvollen Kulturbiotopen ist der nordwestlichste Vorposten vieler Wärme liebender, seltener Pflanzen- und Tierarten. 726 Farn- und Blütenpflanzen sind hier ebenso zuhause wie etwa die Zippammer, Wanderfalke, Uhu und Schwarzstorch. Mauereidechse und Schlingnatter erreichen im Siebengebirge ihre nördliche Verbreitungsgrenze, Großes Mausohr und Bechsteinfledermaus haben hier große Quartiere.



Doch wie passt der Vorschlag zu den politischen Realitäten vor Ort? Achim Baumgartner vom BUND Rhein-Sieg-Kreis ist vorsichtig: „Zu befürchten ist, dass die Initiatoren weniger den Naturschutz im Sinn haben, als die touristische Vermarktung. Viele aktuell betriebene Vorhaben, Straßenplanungen und immer neue Bauvorhaben stehen im offenen Widerspruch zur Nationalparks-idee.“

Der BUND tritt für einen glaubhaften Nationalpark im Siebengebirge unter Wahrung der internationalen Kriterien ein. Dem entgegen stehende Interessen wird er in der weiteren Diskussion kritisch hinterfragen, um einen Etikettenschwindel zu verhindern. (dj)

Kommt der Nationalpark Siebengebirge?

Mehr Infos unter www.bund-nrw.de.

Fotos/M: D. Jansen, P. Schütz



Liebe Leserinnen und Leser,

der BUND-Landesverband Nordrhein-Westfalen ist gut aufgestellt, was nicht zuletzt auch ein Verdienst meines langjährigen Vorgängers Klaus Brunsmeier ist. Beeindruckend ist die Spanne des Engagements unserer Aktiven: Intensiver Arbeitseinsatz für die Natur, Umweltbildung für Menschen aller Altersklassen, maßgebliche Mitarbeit bei zahlreichen Bürgerinitiativen gegen verfehlte Planungen - vielerorts sind BUND-Menschen mit dabei.

Allen in unserem Verband danke ich herzlich für ihren Einsatz an den unterschiedlichsten „Umweltbaustellen“ im Land und freue ich mich auf eine gute Zusammenarbeit. Das Engagement der Aktiven vor Ort und die Unterstützung der Kreisgruppen hat für mich und den Landesvorstand auch weiterhin erste Priorität.

Bei meiner Vorstellung auf der Landesdelegiertenversammlung habe ich den Klimaschutz als zentrales Thema benannt, mit Auswirkungen auf alle Felder des Umwelt- und Naturschutzes. Objektive wissenschaftliche Erkenntnisse belegen die Aufheizung unseres Planeten, der Klimawandel findet statt und gewinnt zunehmend an Fahrt. Wir müssen daher alles tun, um diesen Prozess abzubremesen und das Umkippen in eine Katastrophe zu verhindern.

Die Politik hat die Warnungen der Umweltschützer lange ignoriert. Jetzt herrscht Aktionismus, ständig werden neue Minderungsziele in die Welt gesetzt. Dabei sind diese Ankündigungen bisher nur „heiße Luft“. Tatsächlich haben die CO₂-Emissionen in Deutschland im letzten Jahr sogar noch einmal leicht zugelegt. Gleichzeitig plant man allein in NRW 12 neue Kohlekraftwerke, die jedes Minderungsziel zunichte machen würden. Es herrscht also weiter eine falsche Wachstumseuphorie im Land.

Die Faktenlage ist eindeutig: Der auf Ressourcen- und Energieverschwendung aufgebaute Wohlstand der westlichen Welt mit seinen verheerenden Auswirkungen bis in die letzten Winkel unserer Erde trägt hierfür die Hauptverantwortung. Eine andere Lebensweise, vor allem weniger Konsum, andere Produktionsweisen und andere Formen der Energieerzeugung sind der einzige Weg zur Problemlösung. Dies bedingt radikalere Verhaltensänderungen als alles, was bisher propagiert wurde. Selbst wenn es sich bei der Klimaproblematik nur um ein Scheinproblem handeln würde, wäre eine solche Handlungsweise vernünftig und nachhaltig, denn nur so kann erreicht werden, dass die Lebensgrundlagen für unsere Nachkommen erhalten bleiben.

In diesem Sinne wird der BUND in NRW seine Verantwortung wahrnehmen, Aufklärung betreiben, den Kampf gegen Fehlentwicklungen fortführen und vor allem auch den Kohlewahn in NRW mit allen legalen Mitteln bekämpfen.

Wir gehen spannenden Zeiten entgegen.

Paul Kröfges
Landesvorsitzender

Zur Person

Paul Kröfges, 59 Jahre alt, verheiratet, zwei Söhne und vier Enkel, war beruflich 40 Jahre lang als Chemotechniker tätig mit dem Schwerpunkt Wasseraufbereitung. Seit 1979 BUND Mitglied, aber erst seit 1996 nach langem kommunalpolitischen Engagement in Kreis- und Regionalgruppe aktiv. 2004 wurde Paul Kröfges Mitglied im Landesvorstand und stellvertretender Vorsitzender, seit April 2007 führt er den Landesverband als dessen Vorsitzender.

Nebenverdienst: BUNDgewinner gesucht

Der BUND-Landesverband sucht Menschen, die Spaß daran haben, andere für den Natur- und Umweltschutz zu begeistern und für eine Mitgliedschaft im BUND zu gewinnen. Dabei arbeiten BUNDgewinner eng mit den Gruppen zusammen und unterstützen sie auch darin, sich in der Öffentlichkeit attraktiv zu präsentieren. BUNDgewinner verfügen über sehr gute kommunikative Fähigkeiten, ein sicheres und korrektes Auftreten und Begeisterungsfähigkeit.

Als finanzielle Anerkennung erhalten BUNDgewinner vom BUND jährlich steuer- und abgabenfrei einen Pauschalbetrag in Höhe von bis zu 1.848,- EUR. Am Ende des Jahres sollten sie auch in dieser Summe Mitgliedschaften für den BUND gewonnen haben.

Haben Sie Interesse? Dann melden Sie sich bei Jochen Behrmann in der BUND-Landesgeschäftsstelle unter der Telefonnummer 0211/302005-14 oder unter jochen.behrmann@bund.net.

Neu erschienen: BUND-Jahresbericht 2006

Die 24seitige Broschüre blickt zurück auf die vielfältigen Aktivitäten des BUND-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2006. Die Themenpalette reicht von Klimaschutz, Gentechnik sowie Feinstaub bis zu den BUND-Projekten und Finanzen.

Der Jahresbericht kann unter www.bund-nrw.de aus dem Internet heruntergeladen werden.



Von der größten CO₂-Schleuder zur Windenergieregion Nr. 1

Abenteuer NRW: 400 km barfuß durch das Land der Kontraste

Mit Rucksack, wenig Geld und ohne organisierte Unterkunft durchquerten Matthias Scharpenberg (20) und Demian Kleinert (19) vom 21. Juni bis 11. Juli Nordrhein-Westfalen. Unter dem Motto „Von der größten CO₂-Schleuder zur Windenergieregion Nr. 1“ startete der „Lauf der Kontraste“ beim staubigen Braunkohletagebau Garzweiler, auf der grünen BUND-Obstwiese, und endete nach drei Wochen im größten Windpark NRWs, auf der Paderborner Hochfläche bei Meerhof.

Hintergrund der Tour war, das von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung geförderte BUNDjugend-Projekt „Land der Kontraste“ möglichst vielen Menschen im ganzen Land nahe zu bringen. Mit großer Offenheit und Engagement machten sich Demian und Matthias auf die Suche nach den umweltpolitischen, sozialen und landschaftlichen Kontrasten in NRW. Und sie wurden fündig: der Braunkohle-Geisterort Holz, wo ein lebensmutiger Bauer nicht aufgibt und weiter sein Gemüse verkauft; die geplante Autobahnauffahrt Dormagen, welche Lebensraum für Tiere und Pflanzen zerstört; eine offene ökologische Gemeinschaft gegenüber abgeschotteten Luxusvillen. Oder aber in Bochum: Hier brachte die BUNDjugend durch ein Öko-Picknick mitten auf dem Südring den Verkehr zum Erliegen, um so auf den zunehmenden Flächenverbrauch aufmerksam zu machen.

Gegensätze zwischen Industrie und Natur auch in Bergkamen: Die vom Steinkohlebergbau geschundene Landschaft sowie wuchernde Gewerbegebiete auf der einen, Landwirtschaft im Einklang mit der Natur auf der anderen Seite. Auf dem Bioland-Hof des stellvertretenden BUND-Landesvorsitzenden Friedrich Ostendorff lernten die Wanderer, dass ökologisches Wirtschaften keine Utopie sein muss.

Kontrastreiche Eindrücke sammelten Matthias und Demian auch in Geseke. Riesigen Wunden gleich fressen sich dort Kalksteinbrüche zur Zementherstellung in die Natur. Doch damit nicht genug: Die Zementwerke holen sich Energie aus der Mitverbrennung heizwertreichen Mülls, sind also verkappte Müllverbrennungsanlagen.

Den Schlusspunkt des Laufs der Kontraste bildete der Windpark Meerhof auf der Sintfelder Hochfläche. Hier erzeugen 65 Windkraftanlagen sauberen Strom und symbolisieren - ganz im Gegensatz zu Garzweiler - eine zukunftsfähige, klimafreundliche Energieversorgung.

Das Interesse der Medien und der Bevölkerung an den beiden Läufern und dem Wettbewerb war groß. Auch viele BUNDlerInnen nahmen die beiden Wanderer herz-



lich auf und trugen dadurch wesentlich zum Gelingen des Projektes bei. Im Gegenzug nutzten einige Orts- und Kreisgruppen durch den Besuch von Demian und Matthias die Möglichkeit, ihre eigenen Projekte in der lokalen Presse zu präsentieren.

Die Erlebnisse der beiden Wanderer können in ihrem online-Tagebuch unter www.kontraste-nrw.de/lauf nachgelesen werden. (ak/dj)

Beim Braunkohle-tagebau Garzweiler starteten Matthias Scharpenberg und Demian Kleinert ins Abenteuer NRW.

Foto: D. Jansen

„Zukunftsscouts – zeigen wo`s langgeht!“ - Wettbewerb und Workshops in 2007

Seit Mai 2007 ist es wieder soweit: Teens zwischen 11 und 15 Jahren, die sich mit kleinen und großen Projekten für den Natur- und Umweltschutz einsetzen, können beim Wettbewerb „Zukunftsscouts“ der BUNDjugend tolle Preise gewinnen. Wer beim Wettbewerb mitmachen möchte kann sich per Telefon 02921-33640, per E-Mail info@zukunftsscouts.de oder über das Internet www.zukunftsscouts.de anmelden und mehr Informationen bekommen. Ansprechpartnerin ist Julia Jörgensen.

Projekt „Spielort Natur: früher - heute - morgen“

Unter dem Motto „Spielort Natur: früher - heute - morgen“ hat die BUNDjugend NRW einen Wettbewerb konzipiert, der Kinder für Naturerlebnissräume im Wohnumfeldsensibilisieren und die Lust auf das Spielen in der Natur fördern soll.

Wer beim Wettbewerb mitmachen möchte kann sich über das Internet unter www.bundjugend-nrw.de oder telefonisch unter 02921/33640 anmelden und weitere Informationen erhalten. Anmeldeschluss ist der 8. Oktober 2007.

Stärkt die Widerstandskraft:

„Garzweiler Flächenbrand“

Der Kampf des BUND gegen den Braunkohletagebau Garzweiler spitzt sich zu: Jetzt hat die RWE Power AG die so genannte vorzeitige Besitzeinweisung der BUND-Obstwiese im geplanten Abbaufeld beantragt. Anstelle von 87 Obstbäumen soll nach dem Willen des RWE ab dem 2. Januar 2008 ein 180 m tiefes Loch gebaggert werden, um an die dort lagernden 60 Millionen Tonnen Braunkohle zu gelangen.



Auch wenn die BUND-Klage gegen die Zwangsentziehung weiterhin beim Oberverwaltungsgericht Münster anhängig ist, versucht der Energiemulti Fakten zu schaffen. Auch dagegen wehrt sich der BUND, nicht zuletzt auch, um der Atmosphäre weitere 60 Millionen Tonnen des Klimakillers Kohlendioxid zu ersparen, die allein durch die Nutzung der Kohle unter dem BUND-Grundstück freigesetzt würden.

Zur Stärkung der Widerstandskraft wurde die letztjährige Apfelernte in einer Bioland-Brennerei zu einem feinen Brand destilliert. Der 40prozentige „Garzweiler Flächenbrand“ ist in den Flaschengrößen 0,1 sowie 0,35 l zum Preis von 10,- bzw. 25,- Euro in der Landesgeschäftsstelle erhältlich. Die Einnahmen fließen selbstverständlich in den Kampf zur Verhinderung des Tagebaus Garzweiler. (dj)

Mehr Infos: Dirk Jansen, T. 0211 / 30 200 5-22, dirk.jansen@bund.net.

BUND-Kritik an Humana-Heizwerk

Braunkohle und Babynahrung

Braunkohle ist der klimaschädlichste aller Energieträger. Wegen ihres hohen Wassergehaltes von mehr als 55 % wird sie überwiegend in tagesbaunahen Großkraftwerken zur Verstromung eingesetzt. In ihrer vermeintlich „veredelten“ Form, z.B. als Braunkohlestaub, ist sie jedoch auch über größere Entfernungen transportier- und damit einsetzbar. Und allen Anstrengungen zum Klimaschutz zum Trotz werden nicht nur neue Braunkohlegroßkraftwerke gebaut, auch im kleinen Maßstab erfreut sich der Klimakiller zunehmender Beliebtheit.

So stellt Humana, einer der größten deutschen Babynahrungshersteller, derzeit in Herford aus wirtschaftlichen Gründen von umweltfreundlichem Gas auf ein 12-Megawatt-Braunkohlestaubheizwerk um. Das neue „moderne“ Braunkohleheizwerk wird jährlich etliche Tausend Tonnen mehr CO₂ ausstoßen als die alte Anlage, die paradoxerweise den Umweltauflagen nicht mehr entspricht. Zudem werden Anwohner und Bäume zusätzlich mit Schwefeldioxid - verantwortlich für Atemwegserkrankungen und Waldsterben - belastet. Hinzu kommen Feinstaub, der das Krebsrisiko steigen lässt, sowie Schwermetalle, wie Quecksilber, Cadmium, Blei, Arsen und radioaktive Stoffe.

„Wie die Aussagen 'Ein verantwortungsvoller Umgang mit allen Ressourcen und mit der Umwelt ist uns eine Selbstverständlichkeit - Aus Liebe zum Kind und für die nachfolgenden Generationen' mit dem Klimakiller Braunkohle zu vereinbaren ist, wird wohl Geschäftsgeheimnis von Humana bleiben“, kritisiert Bernd Meier-Lammering, stellvertretender BUND-Landesvorsitzender. Diese Geschäftspolitik, die Profitmaximierung vor Umwelt- und Gesundheitsschutz stelle, werde sicher auch die Kaufentscheidung der Kunden beeinflussen.

Humana ist jedoch kein Einzelfall, die Firma GETEC baut bundesweit Braunkohleheizwerke, bevorzugt in Größenordnungen ohne Öffentlichkeitsbeteiligung und CO₂-Abgabe. Allein die von der GETEC geplanten bzw. gebauten Anlagen würden gegenüber Gasbefehuerung zu jährlich 50.000 Tonnen CO₂-Mehremissionen führen. BUND-Experte Meier-Lammering: „Es sind dringend Änderungen der gesetzliche Bestimmungen notwendig, die verhindern, dass Neuanlagen mit Braunkohle-Verfeuerung mehr Schadstoffe in die Luft pusten dürfen als Gas-Altanlagen.“

Das es auch anders geht, zeigen z.B. Mitsubishi Paper und die Stadtwerke Bielefeld, wo eine moderne Gasturbinendampfanlage Strom erzeugt und die Abwärme von den Papierwerken genutzt wird. So konnte der Wirkungsgrad des Kraftwerks um fast 100% gesteigert werden. (bml)

Aktion: Der BUND startet Protestbriefaktionen an die Humana-Milchwerkeunion sowie an Bundesregierung, um diese den Gesundheits- und Klimaschutzziele konträre Praxis zu stoppen. Die Protestbriefe können unter www.bund-nrw/braunkohle.htm herunter geladen werden.

Kontakt: Bernd Meier-Lammering, Tel.: 05215573903, bernd.meier-lammering@bund.net



Australischer Giftmüll-Deal geplatzt

Nach heftigen Protesten von BUND, Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) und örtlichen Bürgerinitiativen hat Umweltminister Eckhard Uhlenberg den geplanten Import von 11.000 Tonnen hoch giftigen australischen Hexachlorbenzol-Sondermülls nach Nordrhein-Westfalen gestoppt.

Damit ist die Landesregierung der rechtlichen Argumentation des BUND gefolgt, wonach der geplante Transport gegen das Basler Übereinkommen zur grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle verstößt (s. NRWinfo 02/2007). Eine entsprechende Stellungnahme hatte der BUND von der Europäischen Kommission eingeholt und unter großem Medieninteresse im Rahmen einer Landespressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Giftmüll-Deal sorgte an den geplanten Verbrennungsstandorten in Hertfen, Leverkusen und Dormagen für große Empörung. BUND, CBG und Bürgerinitiativen überreichten mehr als 15.000 Protestunterschriften an die NRW-Landesregierung.

Letztendlich blieben die australischen Behörden in ihrem Antrag den Nachweis schuldig, dass „Down Under“ keine geeigneten Entsorgungskapazitäten vorhanden seien. Die Australier begründeten den geplanten Export mit anhaltenden Protesten der eigenen Bevölkerung - ein Unding, wie letztendlich auch NRW-Umweltminister Uhlenberg einsah. Es kann schließlich nicht angehen, dass ein Industriestaat wie Australien seine eigenen Müllimporte auf Kosten anderer exportiert.



Mehr Infos:
www.bund-nrw.de/abfall.htm

Auch wenn dieser Giftmüll-Kelch noch einmal an uns vorbeigegangen ist, sind weitere Versuche der internationalen Müll-Lobby zu erwarten, ihren Giftmüll in Deutschland abzuladen. Solange deutsche Unternehmen sich mit Dumpingpreisen an der internationalen Müllschieberei beteiligen, um ihre Überkapazitäten auszulasten, wird sich daran voraussichtlich nichts ändern.

Nordrhein-Westfalen ist *das* Müll-Importland. Auch wenn der Trend leicht rückläufig ist importierte NRW im letzten Jahr noch immer gut 2 Millionen Tonnen Abfall (2005: 2,371 Millionen, 2004: knapp 3 Millionen). Der Import von gefährlichen Abfällen betrug im Vorjahr 594.000 Tonnen, was einen Rückgang um 5 Prozent gegenüber der Einfuhr von 623.000 Tonnen im Jahr 2005 bedeutet. Bundesweit wurden 2006 etwa 5,6 Millionen Tonne Abfall importiert. (dj)



Rheinlandtaler für Holger Sticht

Holger Sticht, der Vorsitzende des Bündnisses Wahner Heide und Mitglied im BUND-Regionalgruppenvorstand Köln, wurde mit dem „Rheinlandtaler“ ausgezeichnet: Der Landschaftsverband Rheinland ehrte den 35-Jährigen für seine „herausragenden Verdienste um die landschaftliche Kulturpflege“. Den Orden und die Urkunde überreicht der Kölner Oberbürgermeister, Fritz Schramma. Sticht ist Mitbegründer des Bündnisses für die Wahner Heide, das in Troisdorf-Altenrath ein Info-Zentrum unterhält, und seit 1997 dessen Vorsitzender. Er lädt regelmäßig zu Exkursionen in das Naturschutzgebiet ein und legte als Autor eine Wanderkarte sowie einen Natur- und Kulturführer Wahner Heide vor. Er ist der bislang jüngste Träger des Rheinlandordens, der seit 1976 vergeben wird.

Holger Sticht (l.) nimmt die Glückwünsche des BUND-Landesvorsitzenden Paul Kröfges entgegen. Foto: BUND-Archiv



Behörden verweigern Herausgabe von Umweltinformationen:

Terrorabwehr oder Einschränkung der Bürgerrechte?

Dürfen der Bevölkerung Informationen über Risiken von Chemieanlagen unter Verweis auf eine mögliche Terrorismusgefahr verweigert werden? Diese grundsätzliche Frage beschäftigt derzeit die Gerichte.



Nordrhein-Westfalen ist der bedeutendste Standort für die chemische Industrie. Zwischen Rhein und Weser erwirtschaften 465 Unternehmen mit 130.000 Beschäftigten gut 40 Prozent des gesamtdeutschen Chemieumsatzes. Doch neben mehr oder weniger „harmlosen“ Anlagen verfügen die NRW-Chemieunternehmen

auch mehr als 900 Betriebsbereiche, die aufgrund des Umgangs mit gefährlichen Stoffen der Störfallverordnung unterliegen. Für diese gelten verschärfte Sicherheitsbestimmungen und Vorschriften, wie im Falle eines Störfalles zu verfahren ist. So muss z.B. ein Sicherheitsbericht erstellt werden, der u.a. auch Gefahren und entsprechende Gegenmaßnahmen darlegt. Die Bevölkerung, aber auch Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser im Umfeld der Störfallbetriebe sind über die Risiken und das richtige Verhalten am „Tag X“ zu unterrichten. Der Sicherheitsbericht ist der Öffentlichkeit jederzeit zugänglich zu machen.

Bereits im Jahre 1994 hatte der BUND mit einer Umfrage bei allen Bundesländern die Umsetzung der Verpflichtung zur Information über Risiken von störfallrelevanten Anlagen überprüft. Mit ernüchternden Ergebnissen, denn zahlreiche Vollzugsdefizite traten zutage. Seitdem hatte es etliche Änderungen im Störfallrecht gegeben, insbesondere auch was die Informationspflichten zum Schutz der Bevölkerung angeht. Als Mitglied in der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beschäftigt sich die BUND-Expertin Angelika Horster zudem intensiv mit der zunehmenden Anzahl von meldepflichtigen und nicht-meldepflichtigen Ereignissen an Anlagen aller Art.

Anlass genug also für eine erneute bundesweite Abfrage nach dem Stand der Dinge. Unter Bezugnahme

auf den europarechtlich garantierten Zugang zu Umweltinformationen wurde bei den Landesumweltministerien nach den Listen der Betriebsbereiche nach Störfall-Verordnung gefragt. Überraschendes Ergebnis: Obwohl die meisten Anlagen vor Ort ohnehin einschlägig bekannt sind, verweigerten bis auf das Saarland, Sachsen und Niedersachsen alle Bundesländer unter Verweis auf Gefährdung der öffentlichen Sicherheit die Herausgabe dieser Listen.

Als Argument für die nach BUND-Auffassung rechtswidrige Verweigerung der Informationen und Einschränkung unserer Bürgerrechte musste auch in diesem Fall die angebliche Terrorismusgefahr herhalten. Durch die Herausgabe der Betreiberadressen könnten ja schließlich islamistische Terroristen zu Anschlägen auf sensible Chemieanlagen verleitet werden...

„Für den BUND ist dieses vorgeschobene Totschlagargument nicht akzeptabel, kommt es doch der Lobby aus Industrie, Behörden und Politik sehr entgegen, die liebend gerne das lästige Umweltinformationsgesetz - das häufig zur Offenlegung von Skandalen und Namen führt - mit dem vermeintlichen Sicherheitsargument unwirksam machen möchte“, kritisiert die Chemieexpertin Angelika Horster.

Der BUND legte deshalb gegen die ablehnenden Bescheide Widerspruch ein und verklagte letztendlich das Land Rheinland-Pfalz auf Herausgabe der Informationen. Ende April 2007 wurde die Klage vor dem Verwaltungsgericht Mainz verhandelt. Zwar bejahten die Richter den Informationsanspruch, gaben aber in ihrer Abwägung den Bedenken des Umweltministeriums Recht und wiesen die Klage ohne Zulassung der Berufung ab.

In ernsthafter Abwägung des Für und Wider hat der BUND-Landesvorstand mit Unterstützung des Bundesverbandes entschieden, den Klageweg weiter zu verfolgen und einen Antrag auf Zulassung der Berufung einzulegen. Jetzt muss das Oberverwaltungsgericht entscheiden welcher Belang schwerer wiegt: Der Informationsanspruch der Bevölkerung im Umfeld von Störfallanlagen oder eine abstrakte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit? (dj)

Mehr Infos: Angelika Horster (angelika.horster@bund.net) ist Sprecherin des BUND-Landesarbeitskreises Umweltchemikalien sowie des BUND-Bundesarbeitskreises Immissionsschutz und seit 1996 Mitglied in der Kommission für Anlagensicherheit (früher: Störfallkommission) des Bundes (www.kas-bmu.de).



Foto: D.Jansen

Umweltdumping durch EBS-Anlagen?

Am 1. Juni 2005 trat ein bundesweites Ablagerungsverbot für behandlungsbedürftige Abfälle auf Deponien in Kraft. Seitdem werden in zunehmendem Maße so genannte Industrieheizkraftwerke gebaut, um den durch Vorbehandlung zu „Ersatzbrennstoff“ (EBS) mutierten Abfall zu beseitigen. Nachteil und ökonomischer Anreiz zugleich ist, dass die Verwertungsanlagen (Zementwerke, Kraftwerke, etc.) deutlich geringere Anforderungen an die Abgasreinigung erfüllen müssen als herkömmliche Abfallverbrennungsanlagen - Umweltdumping droht.



Der BUND NRW hat jetzt das Positionspapier „Energetische Verwertung von Abfällen in Industrieanlagen und Kraftwerken - Umweltdumping durch EBS-Anlagen?“ verabschiedet. Der Vierseiter kann unter www.bund-nrw.de/abfall.htm herunter geladen werden.

Nach einer vom Kreis Mettmann in Auftrag gegebenen Studie sind bei einem Vollbruch der Pipeline 143.000 Menschen potenziell gefährdet und könnten im schlimmsten Fall zu Tode kommen. Vor allem, weil es bisher überhaupt keinen Gefahrenabwehr- und Rettungsplan für diese Pipeline gibt.

Binnen kürzester Zeit gründete sich mit Unterstützung des BUND ein Anti-Pipeline-Bündnis. 2.500 Menschen demonstrierten am 16. Juni in Hilden für einen sofortigen Baustopp und eine Überprüfung des nach Gutachteransicht verfassungswidrigen Enteignungsgesetzes („Lex Bayer“), das der Landtag schon im März 2006 einstimmig und ohne Diskussion verabschiedet hatte, um den Pipeline-Bau zu ermöglichen.

Am 21. Juni wurde Ministerpräsident Jürgen Rüttgers bei einer Sommerreise durch den Kreis Mettmann mit Protesten der Pipeline-Gegner konfrontiert. Wortlos und eher widerwillig nahm Rüttgers mehrere tausend Unterschriften gegen die Pipeline entgegen.

Inzwischen hat es die ersten Besitzeinweisungen in Ratingen und Hilden gegeben und die Klagen vor den Verwaltungsgerichten laufen an. Bayer, die Bezirksregierung und die Landesregierung zeigen sich zwar weiter hartleibig, aber sie spüren den zunehmenden Druck. Mittlerweile fordern mehr als 26.000 Bürger mit Ihrer Unterschrift den Baustopp. Das wird weiter wachsen und dagegen dürfte eine Giftgas-Anlage in der Nähe von Wohngebieten letztlich nicht durchsetzbar sein.

Dieter Donner

Mehr Infos: Dieter Donner, BUND Hilden und Pressekoordinator der Initiativen „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“, T. 02103 / 65030, dieter.donner@bund.net, www.bund-nrw.de/COpipeline.htm



Farblos, geruchlos, tödlich:

Protest gegen Bayer-Kohlenmonoxid-Pipeline

Farblos, geruchlos und im Ernstfall tödlich - das sind die Eigenschaften von Kohlenmonoxid. In der chemischen Industrie wird das Gas bei der Herstellung von Kunststoffen eingesetzt. Jetzt baut Bayer quer durch das Rheinland eine etwa 70 Kilometer lange Kohlenmonoxid-Pipeline, die durch zum Teil dicht bewohntes Gebiet führen soll. Trotz Anwohnerprotesten und Klagen gehen die Bauarbeiten weiter.

Vorbei an Städten wie Monheim, Hilden, Erkrath und Duisburg soll die Pipeline die Bayer-Standorte Dormagen und Uerdingen miteinander verbinden. Die Bayer AG produziert daraus nach eigenen Angaben Makrolon, einen Kunststoff, der in CDs, DVDs, Autoscheinwerfern und Sportbrillen verwendet wird.

Seit Mai 2007 baut der Chemiemulti an der CO-Pipeline im Duisburger Süden und bei Langenfeld. Mit dem Beginn der Bauarbeiten wurden die Anwohner der Trasse hellwach und fragten zu Recht: Was soll den da an unserem Garten vorbei gebaut werden und wer hat es versäumt, uns zu informieren?

Zunächst kamen die Bürgermeister der Trassen-Städte ins Visier der Kritik. Einzig der Monheimer Bürgermeister Dr. Thomas Dünchheim hatte sich bereits fast ein Jahr lang vehement gegen Bayer und die Giftgasleitung zur Wehr gesetzt. Mittlerweile stehen alle Trassen-Bürgermeister im Kreis Mettmann und auch Landrat Thomas Hendele Seite an Seite mit den Initiativen zum „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“.

Zum Abschluss der Demo wurde das CO-Giftgas symbolisch in 100 schwarzen Luftballons zu Bayer zurückgeschickt.

Foto: B. Morbitzer





„Keine Häuser mehr am Sülzbogen“ lautet der Slogan dieser beiden Freiraumschützerinnen in Rösrath (Rheinisch-Bergischer Kreis). Das BUND-Projekt „Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW“ hatte die Aktion zur Rettung des Landschaftsschutzgebietes vor dem Kreishaus in Bergisch-Gladbach organisiert.

Foto: S. Günthner

Projekt „Zukunftsfähige Flächennutzung“ vor Ort aktiv

Bürgerprotest gegen Flächenfraß

Wir machen die Natur platt“ – mit dieser Abwandlung des bekannten Werbeslogans griff der BUND die Bausparwerbung der Volks- und Raiffeisenbanken an und warb für deren Neuausrichtung weg von der Finanzierung des „Traumhauses im Grünen“ und hin zur Förderung von Umbau und Modernisierung bestehender Wohnungen und Häuser (s. *NRW-Info* 02/2007). Doch die Volks- und Raiffeisenbanken verweigerten dem BUND jeglichen Dialog. Ein entsprechendes Schreiben blieb bis heute ebenso unbeantwortet, wie die mehreren Dutzend Protest-Mails von BUND-Aktiven.

Dass die Bausparkassen damit auch den Willen vieler potenzieller Kunden ignorieren, zeigen die vielen in diesem Jahr im Rahmen des BUND-Projekts *Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW* durchgeführten Aktionen. Gemeinsam mit örtlichen BUND-Gruppen und Bürgerinitiativen warb Projektleiter Stephan Günthner landauf landab für den sparsamen Umgang mit Fläche.

BUND-Gruppen in Bonn und Hagen informierten auf Umweltmärkten mit Videos, Plakaten und Karten über Probleme und Lösungsmöglichkeiten des Flächenverbrauchs. Die BUND-Gruppe in Grevenbroich zeigte mit einer 100 Quadratmeter großen Folie, wie viel Fläche in NRW pro Minute verbraucht wird. Die Aktiven aus Haan demonstrierten gemeinsam mit anderen Natur-

schützern und Bürgerinitiativen vor dem Kreistag in Mettmann. Sie forderten den Kreistag auf, eine von der Stadt Haan erhoffte Aufhebung eines Landschaftsschutzgebietes zurück zu weisen. Die Stadt Haan wollte ein 40 Hektar großes Gewerbegebiet auf besten landwirtschaftlichen Böden schaffen. Dort brüten aber wertvolle Wiesenvögel. Ganz ähnlich demonstrierten vor dem Kreishaus des Rheinisch-Bergischen Kreises 40 Mitglieder von Rösrather Bürgerinitiativen. Sie forderten vom Kreistag, bei der Neuaufstellung des dortigen Landschaftsplanes Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete zu erhalten. Sie fürchten, dass die Stadt Rösrath mit zahlreichen neuen Baugebieten ihr Wohnumfeld verschandelt. In den vorherigen Monaten hatten sie über 4.000 Unterschriften gegen die Bauvorhaben gesammelt.

Auch an weiteren Orten sammeln Bürgerinitiativen Unterschriften gegen Flächenverbrauch. In Lotte und Osnabrück ist eine interkommunale Bürgerinitiative gegen die Umsiedlung einer großen Spedition aktiv. Die Spedition will sich in einer intakten Landschaft ansiedeln. In Much – Rhein-Sieg-Kreis – hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die ein neues Wohngebiet verhindern möchte. In der Gemeinde Much gibt es schon zahlreiche leerstehende Gebäude und noch viele freie Grundstücke.

Auch wenn sich das NRW-Umweltministerium mit seiner „Allianz für die Fläche“ des Themas Flächenverbrauch angenommen hat, bleibt eine Trendwende bislang leider aus. Bei der Vorstellung des Umweltberichts 2006 beklagte Umweltminister Eckhard Uhlenberg den Verlust von täglich 15 Hektar Freiraum, während sein Kabinettskollege, der Bau- und Verkehrsminister Oliver Wittke, zwar wortreich die „Verödung der Innenstädte“ kritisierte, gleichzeitig aber eine neue Autobahn nach der anderen einweihete. (sg)

Mehr Infos: Wenn Sie vor Ort Interesse am Thema Flächenverbrauch / sparsamer Umgang mit Fläche haben, nehmen Sie bitte Kontakt mit Stephan Günthner auf (T. 0211/302 005-28, stephan.guentner@bund.net, www.freiraumschutz-nrw.de). Er ist Stadt- und Regionalplaner und unterstützt und informiert im Rahmen des Projekts *Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW* seit Dezember 2005 BUND-Gruppen und andere interessierte bei Fragen rund um die Bauleitplanung.



Foto: D. Jansen